

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Zeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teilsweise erstellte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gesetzl. Eintr. od. Konturten fünfjährig wird. Erfüllungsort Altensteig. Geschäftsverh. Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / B. Reichs-Konto Stuttgart 5788 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 281

Altensteig, Donnerstag den 29. November 1928

52. Jahrgang

Reichskabinett und Eisenkonflikt

Berlin, 28. Nov. Das Reichskabinett trat heute vollzählig zu einer Sitzung zusammen, zu der auch der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder eingeladen war. Hauptgegenstand der Kabinettsitzung bildeten die außergewöhnlichen Mißstände bei der Zuteilung der Fürsorgegelder für die Ausgesperrten im Ruhrgebiet. Reichswirtschaftsminister Curtius trug an Hand von authentischem Material aus dem Ruhrgebiet eine ganze Reihe von praktischen Fällen vor, in denen die Unterstützungsfälle teils nahe an den Lohn vor der Aussperrung heranreichten, teils ihm gleich kamen, teils aber auch die bisherigen Bezüge erheblich überschritten. Auch eine Reihe von Ministern anderer Parteien brachten Unterlagen des gleichen Inhalts vor, so daß sämtliche Minister einschließlich dem preussischen Wohlfahrtsminister der Ueberzeugung Ausdruck gaben, daß tatsächlich diese Zustände unhaltbar geworden sind und einer sofortigen Abhilfe bedürfen. Man ging von der Erwägung aus, daß eine Fürsorgemaßnahme in jedem Falle nur insoweit anerkannt werde, als nur ein bestimmter Prozentsatz des Lohnes vor der Aussperrung erreicht werden dürfte. Das Kabinett konnte sich nicht entschließen, den Wortlaut der Richtlinien an sich abzuändern, weil hiergegen eine Reihe von Bedenken formaltechnischer Art vorgebracht wurden, jedoch wurde Herr Hirtzfelder aufgetragen, eine sofortige Nachprüfung der Unterstützungslage in dem Sinne vorzunehmen, daß unter Beibehaltung der oben erwähnten Mißstände jedesmal nur ein Teil der früheren Löhne bezahlt werden dürfte. Das Reichskabinett hat die Hoffnung, daß nunmehr baldigst eine Beendigung des Wirtschaftskampfes herbeigeführt werden wird mit Rücksicht auf die schwere Schädigung der Gesamtwirtschaft, die bereits eingetreten ist. Es geht der Plan um, eine neue Vermittlungskommission einzusetzen, die nunmehr die beiden Parteien zusammenbringen soll. In diesem Zusammenhang wird u. a. der langjährige leitende Reichsarbeitsminister Brauns genannt, der an Stelle von Bergemann neue Verhandlungen aufnehmen müßte.

Die Finanzlage bei der Reichsbahn

Berlin, 27. Nov. Am 26. und 27. November 1928 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete der Vorschlag für das Jahr 1929. Die derzeitige Finanzlage der Reichsbahn ergibt folgende Bild: Die Güterbewegung weist im allgemeinen den bei Einführung der Tarifserhöhung angenommenen Umfang auf. Die Produktionsförderung im Ruhrrevier hat jedoch schon jetzt eine Verminderung des Güterverkehrs zur Folge. Die von der Neueinteilung der Personalklassen erwartete Auswanderung in die Posterkasse ist insbesondere im Nahverkehr eingetreten. Zur Vermehrung der Postwagenklassenwagen und zur einseitigen Ausschaltung des Wagens der Postklasse hat der Verwaltungsrat weitere Mittel bereitgestellt. Die nach der Verkehrsleistung des Jahres 1928 geschätzten Betriebseinnahmen für 1929 bedecken außer den gesetzlich vorgeschriebenen Kosten und Rücklagen die Betriebsausgaben nur bei äußerster Einschränkung der laufenden jährlichen Anforderungen. Dringend erwünschte Neubauten und Verbesserungen sind nur möglich, wenn es im neuen Jahre ansonsten neue Kapital aufnehmen. Der Vorschlag ist so knapp bemessen, daß jede Verringerung der Einnahmen oder Erhöhung der Ausgaben einen Schleichbetrag hervorruft. Eine wesentliche Ausgabesteigerung droht aus der bekannt gewordenen Absicht für die Reichsbeamten und damit auch für die Reichsbahnbeamten die jetzt übliche Arbeitszeit grundrührlich zu verkürzen. Die durch die Einführung der wöchentlich 48-stündigen Arbeitszeit entstehende jährliche Mehrausgabe sich für die Reichsbahn auf 250 Millionen Mark zu schätzen. Zur Deckung dieser Mehrausgaben käme als einziges Abhilfemittel eine neue Tarifserhöhung in Frage. Sie müßte wegen des mit ihr verbundenen Verkehrsrückganges wesentlich mehr als 250 Millionen Mark ausmachen. Der Verwaltungsrat ersuchte den Generaldirektor, die zuständigen Reichsstellen nachdrücklich auf den aus dieser Darlegung sich ergebenden Ernst der Lage hinzuweisen.

Aus der französischen Kammer

Der Heeresetat in der französischen Kammer
Paris, 28. Nov. Die Kammer hat die Beratung des Budgets des Kriegsministeriums begonnen. Der Berichterstatter Abgeordneter Bouilloux-Lafont (Radikale Linke) stellte fest, daß der Heeresetat sich auf 6,5 Milliarden Francs belaufe, wozu man etwa eine Milliarde Francs hinzurechnen müsse, die dem neuen Luftfahrtsministerium überantwortet würden. Die Erhöhung dieser Heereskredite gegenüber denen von 1928 um 790 Millionen sei nur scheinbar. Die Effektivebestände des französischen Heeres betragen 1914 845 000 Mann, 1928 582 000 Mann und würden

1929 568 000 Mann betragen. Von den durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit neu anzumerbenden 100 000 Mann Berufs Soldaten sind bis jetzt 83 000 Mann angeworben. Man muß also für diesen Zweck noch weitere 230 Millionen Ausgaben vorzusehen. — Sodann ergriff der kommunistische Abgeordnete Béron das Wort. Auch er verurteilte die jetzige Stärke der Effektivebestände des französischen Heeres mit der vor dem Kriege und erklärte, 1929 werde es 68 000 Soldaten mehr in Frankreich geben als vor dem Kriege. — Nachdem Kriegsminister Painlevé daraufhin geantwortet hatte: „Das ist ganz falsch“ erklärte Béron keine Ueßerung. Das Budget des Kriegsministeriums bilde nicht ein Friedensbudget, sondern es verstärke die kriegerischen Mittel für den Staat und verbräuche 33 Prozent des Gesamtbudgets Frankreichs für Werte des Todes. Der Redner erklärte, er zweifle nicht daran, daß das wirkliche Ziel dieser Aufrüstung Frankreichs zum Kampf gegen Sowjetrußland bestimmt sei.

Kriegsminister Painlevé widerlegt diese Zahlen. In Wirklichkeit würde die Zahl der Streitkräfte des Heeres mit einjähriger Dienstzeit um 130 000 Mann hinter denen des Heeres von 1913 zurückbleiben. Nach Abzug der Ausgaben für das Besatzungsheer, das von Deutschland bezahlt werde, und nach Abzug der Kosten für die Unterhaltung der Kolonialtruppen komme man auf eine Budgetziffer von 7300 Millionen Francs für 1929. Selbst unter Hinzurechnung der Kosten für die Besatzungstruppen läme man bei einem Papierfranc-Budget von 7800 Millionen auf ein Goldfranc-Budget von 1660 Millionen, also 20 Millionen mehr als 1913. Dem Abgeordneten Montignas machte er zum Vorwurf, daß er falsche Statistiken vorgebracht habe, die das heilige Frankreich inmitten seiner Allierten als Räuber gerüht hätten, als das Frankreich von 1913 gegenüber einem fauleren Deutschland. Der Abgeordnete General de Saint-Just (Gruppe Martin) rief daraufhin: „Er hat für die Vögel gearbeitet!“ (Lärm.) Kammerpräsident Bouillon rief ihn zur Ordnung. Painlevé erklärte schließlich, es sei notwendig, die neue Grenze zu verschieben. Noch nichts sei getan worden. Die französische Militärpolitik entspreche der Politik von Vercors. Frankreich wisse, daß seine Ohnmacht eine Versuchung darstellen würde. Gewiß werde ein Tag kommen, an dem ein Krieg zwischen zwei europäischen Staaten ebenso unwahrscheinlich erscheinen werde, wie zwischen zwei amerikanischen Staaten. Aber dieser Tag sei noch nicht gekommen.

Neues vom Tage

300 Millionen neue Steuern auf Bier und Wein
Berlin, 28. Nov. Nach einer Meldung der „B. Z.“ macht das Gleichgewicht für den kommenden Reichshaushalt noch immer einige Sorgen, obwohl es inzwischen dem Reichsfinanzminister durch Abstriche gelungen sei, den rechnungsmäßigen Mehrbetrag der Ausgaben von 600 Millionen Reichsmark auf fast 300 Millionen herabzubringen. Dieser Betrag jedoch könne nur durch Steuererhöhungen aufgebracht werden. Hier sei vornehmlich eine Heraushebung der Steuerzölle für Bier und Wein in Aussicht genommen. Die Widerstände gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer seien so stark und so groß, daß man davon Abstand nehmen werde.

50 Millionen Mark Mehrbedarf im Nachtragsetat 1928

Berlin, 27. Nov. Der Nachtragshaushalt für 1928, der in der nächsten Zeit vom Reichsrat beraten wird, sieht, wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, rund 50 Millionen Mark Mehrausgaben vor, die nötig wurden infolge der Durchführung der Beamtenbesoldungsreform. Dem Mehrbedarf von 50,1 Millionen Mark stehen gegenüber Mehreinnahmen von 7,8 Millionen Mark, so daß die tatsächliche Mehrforderung demgemäß 42,3 Millionen Mark beträgt. Die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt u. a. durch Einstellung der an die Deutsche Reichspost im Jahre 1927 zu viel gezahlten und von dieser im Jahre 1928 erstatteten Vorkasse auf die Reichszuschüsse und Reichsbeiträge zur Invalidenversicherung. Sodann sind 10 Millionen Mark eingeseht durch Kürzung des Ausgabenansatzes für Ueberweisungen aus der Kapitalverkehrssteuer.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

Warschau, 28. Nov. Wie die polnische Korrespondenzpfech erzählt, hat sich der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen in Polen, Dr. Hermes, mit der polnischen Regierung über die Erneuerung der Warschauer Handelsvertragsverhandlungen mit Polen geeinigt. Minister Hermes hat sein Eintreffen in Warschau für Ende der laufenden Woche angekündigt.

Die Trauerfeier für Admiral Scheer

Berlin, 27. Nov. Die Trauerfeier findet am 30. November, 1.30 Uhr nachmittags, in Weimar statt. Die Vertretung des an der Teilnahme verhinderten Reichswehrministers wird der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Koeder,

übernehmen. Von dem Linienschiff „Elsah“, dessen Kommandant der Verstorbene in den Jahren 1907 bis 1909 war, wird der Kommandant und eine Abordnung der Besatzung teilnehmen. Auf Befehl des Reichswehrministers setzen am Tage der Beisetzung die Schiffe und Fahrzeuge der Reichsmarine die Flagge halbfied.

Verzögerung der Koalitionsverhandlungen

Berlin, 28. Nov. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Mittwoch nach dem Plenum eine Sitzung ab, die sich erneut mit dem Ergebnis der Sitzung des Reichskabinetts beschäftigte. Wie verlautet, hat der Plan der Entsendung eines Beamten des preussischen Wohlfahrtsministeriums ins Ruhrgebiet zur Nachprüfung des Unterstützungsverfahrens die Wünsche der Fraktion noch nicht voll befriedigt. Eine endgültige Stellungnahme ist aber noch nicht erfolgt, sondern für Donnerstag angekündigt. So viel ist allerdings sicher, daß die Deutsche Volkspartei im Augenblick keine engere Bindung an das Reichskabinett wünscht. Deshalb ist der Vorsitzende ihrer Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Scholz, am Mittwoch nachmittag beim Reichskanzler gewesen, um ihm mitzuteilen, daß die Deutsche Volkspartei zunächst die Beendigung des Ruhrkonfliktes abwarten will. Damit dürften die Verhandlungen über die Koalitionsbildung eine Verzögerung erfahren.

Eisenbahnunglück auf der Glanbrücke

Ludwigshafen, 28. Nov. Wie die Eisenbahndirektion Ludwigshafen mitteilt, hat ein orkanartiger Sturm, der an der ersten vom Zuge befahrenen Brückenöffnung von dem neben dem Gleis laufenden Fußgängersteig ein Holzbrett von 88 Kilo Gewicht aufgehoben und über die Saumschwelle auf den nächstliegenden Schienenstrang geworden. Die Lokomotive des unmittelbar darauf die Brücke befahrenden Zuges entgleiste beim Auffahren auf das Hindernis, lief noch bis zur 4. Brückenöffnung neben den Schienen der, durchbrach dann den Fußgängerweg und das Gelände und rührte mit dem Tender auf das Ufer der Glan. Der nachfolgende Postwagen blieb mit einem Ende auf der Brücke hängen. Der Lokomotivführer wurde unter der Lokomotive tot aufgefunden. Die Verletzungen des Feizers sollen nicht lebensgefährlich sein. Der Betrieb zwischen Obernheim und Durchroth ist wieder aufgenommen worden.

Beisprechung Poincarés mit dem belgischen Ministerpräsidenten

Paris, 28. Nov. Nach einer vom „Deure“ wiedergegebenen Meldung aus Brüssel hat man dort gestern mit Ueberzeugung erfahren, daß Ministerpräsident Jaspar in Begleitung von Franconi in Paris weilte und nachmittags mit Poincaré eine Unterredung über die Regelung der Reparationsfrage und die Bildung des Sachverständigenausschusses hatte, deren Ergebnis für die Vertreter Belgiens befriedigend gewesen sein soll.

Der englische Entwurf zur Antwort in der Reparationsfrage

London, 28. Nov. „Times“ meldet: Die britischen Botschafter in Paris und Rom haben gestern der französischen und der italienischen Regierung die Haupttrichlinien der Entwurfses bekanntgegeben, den das Schahamt als Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 30. Oktober über die Erneuerung eines Reparationsjahrständigenausschusses vorbereitet hat.

Englands Abrüstung

London, 28. Nov. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte der erste Lord der Admiralität im Unterhaus: Der Mannschaftsbestand der britischen Marine belief sich am 15. Juli auf rund 101 000 Mann gegen 146 000 zu dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1914, in der Marine der Vereinigten Staaten auf 113 000 gegen 67 000, in Japan auf 85 000 gegen 50 000, in Frankreich auf 62 000 gegen 69 000 und in Italien auf 46 000 gegen 40 000. Großbritannien hat also auf dem Wege zur Abrüstung mehr getan als irgend ein anderes Land.

Der Wirbelsturm auf den Philippinen

Manaila, 28. Nov. Nach den letzten Meldungen hat der Wirbelsturm, der die Philippinen heimuchte, mehr als 200 Personen das Leben gekostet. Allein auf der Insel Lente sind 10 000 Menschen obdachlos. Der Schaden in den Plantagen soll mehrere Millionen Dollar betragen. Wie der Generalgouverneur mitteilt, ist in sechs Provinzen die Kolosnub, die Hanf- und die Reisernte nahezu vernichtet. Die Zudertreuernte scheint dagegen nicht gelitten zu haben. Die amerikanische Regierung hat das Rote Kreuz ermächtigt, 25 000 Dollar für die erste Hilfe anzunehmen.



Deutscher Reichstag

Berlin, 28. November.

Der Entwurf eines weiteren Gesetzes über die Erhaltung von Arbeitslosenunterstützungen in Armenhäusern wird ohne Aussprache dem Reichsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung steht weiter die erste Beratung des Gesetzes über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit. Es handelt sich dabei um die sogenannten Saisonarbeiter. Ihnen soll abweichend von den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen die Arbeitslosenunterstützung als Sonderunterstützung gewährt werden, wenn sie aus der versicherungsmäßigen Unterstützung ausgeschlossen werden sollen. Zur Deckung des Reichsantheils, der durch die Sonderfürsorge entsteht, sollen für das Etatsjahr 1928 28 Millionen RM zur Verfügung gestellt werden. Das Gesetz soll am 2. Dezember in Kraft treten.

Reichsarbeitsminister Wiffel begründet die Vorlage: Die betriebsübliche Arbeitslosigkeit hebt sich von der Konjunkturarbeitslosigkeit ganz deutlich ab. Diese Sonderfürsorge lehne sich im wesentlichen an die Einrichtungen der Krisenfürsorge an.

Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.): Die Vorlage, die auf der einen Seite gibt, nimmt auf der anderen Seite. Die Sozialdemokratie kann ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf nicht erklären. Wir hätten gewünscht, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt und mit ihm der Minister andere Wege gegangen wären. Die Möglichkeiten dazu bietet das Gesetz. Er hätte für die Saisonarbeiter die Wartezeit verlängern können.

Abg. Kiesecker (Z.) bezeichnet die Arbeitslosenversicherung als ein großes soziales Werk. Wenn heute schon eine Novelle notwendig ist, so sei das verständlich, denn bei einer Zahl von 16 bis 17 Millionen Versicherten könne nicht von vornherein dem Bedürfnis aller verschiedenen Gruppen Rechnung getragen werden. Der Vorschlag des sozialdemokratischen Redners auf Erhöhung der Beiträge werde wenig Anhang finden. Das Zentrum werde im Ausschuß an der Verbesserung des vorliegenden Entwurfs im Sinne der sozialen Gerechtigkeit mitwirken.

Abg. Thiel (D. Vp.) macht die Sozialdemokraten dafür verantwortlich, daß jetzt schon eine Forderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes notwendig sei. Diese Notwendigkeit würde nicht bestehen, wenn sich nicht bei der Beratung des Gesetzes die Sozialdemokraten entschieden gegen jede Berücksichtigung der berufstätigen Eigenarten gewandt hätten. Die von den Sozialdemokraten durchgeführte Schematisierung habe das soziale Versicherungswesen diskreditiert. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß die Wiederherstellung des von den Sozialdemokraten angerichteten Schadens jetzt von einem sozialdemokratischen Minister verlangt werden müsse. Eine Forderung des bestehenden Gesetzes sei unvermeidlich geworden.

Abg. Freidel (W. Vt.) weist darauf hin, daß der Vorschlag der Arbeitslosenversicherung weit überschritten worden sei. Den wirklich arbeitenden Elementen seien die Spargroschen durch die Arbeitslosen entzogen worden. Auf dem Lande seien die Leute, die vorübergehend in der Stadt arbeiten, nicht zur Annahme von Fortarbeit zu bewegen, weil sie beim Bezug der Arbeitslosenunterstützung weit besser wegkommen.

Abg. Hädel (Kom.) belächelt die Vorlage. Sie sei eine sozialreaktionäre Maßnahme schlimmster Art.

Abg. Dr. Melega (Dnt.) erklärt, das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung habe gerade auf dem stachen Lande die schärfste Kritik erfahren. Die Verechtigung dieser Kritik werde indirekt anerkannt durch die Vorlegung des jetzigen Entwurfs, der die üblen Wirkungen des Gesetzes wenigstens auf einem kleinen Spezialgebiet mildern wolle. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz passe vielleicht für die Großstädte, nicht aber für das stache Land. Es gebe jedem das Gleiche, statt jedem das Seine zu geben. Unter der Wirkung dieses Gesetzes habe die Zahl der Arbeitslosen auf dem Lande eine Steigerung von 1800 auf 13 000 in wenigen Jahren ergeben. Das Recht auf die Rente werde sehr weitgehend ausgenutzt. So betrachte sich ein Empfangsbesitzer von Reisenden, ein Villenbesitzer, als Saisonarbeiter. Er gehe außerhalb der Saison Kumpeln und beziehe die Arbeitslosenunterstützung. (Lust bei den Kommunisten: Er ist Stahlhelmmann!) Der vorliegende Entwurf bedürfe großer Verbesserungen im Ausschuß. Die Landarbeiter werden dadurch nicht erfasst. Wenn sie einbezogen werden, dann werden sie allerdings im Winter lieber die Unterhülle als arbeiten. (Großer Lärm links und auf den Tribünen.) Die Abgeordneten Schmidt-Röpenick (Soz.) und verschiedene Kommunisten erhalten Ordnungsrufe. Ein Zwischenruf auf der Publikumstribüne wird entfernt. Unter großem Lärm der Linken schlägt der Redner mit dem Fuß: Es sei notwendig, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Es kommt auch vor, daß Ortsvorsteher gemeinsam mit den Besitzern der Arbeitslosenunterstützung in ausgebeutetem Maße Schwarzarbeit leisten. (Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die Vorlage als eine Notwendigkeit. Würde man in der Arbeitslosenversicherung die Saisonarbeiter mit den übrigen gleichstellen, so wäre das eine Ungerechtigkeit gegenüber den übrigen Arbeitern und Angestellten, die größere Beiträge zahlen. Mit der Tendenz der Vorlage müßten alle einverstanden sein, die das große Werk der Arbeitslosenversicherung erhalten wollen.

Die Vorlage geht an den sozialpolitischen Ausschuß.

Donnerstag 3 Uhr nachmittags Anträge und Interpellationen zur Technischen Notizliste.

Württembergischer Landtag

Das Beamtenrecht im Landtag

Stuttgart, 28. Nov. Der Landtag begann mit der Beratung des Entwurfs eines Beamtengesetzes, das vor kurzem in 16 Sitzungen durch den Finanzausschuß vorberaten worden ist. In der allgemeinen Aussprache wehrte sich der Abg. Steinhilber (W.), daraus, daß aus dem Beamtenrecht ein politisches Gesetz gemacht werde. Abg. Winkler (S.) vertrat die Auffassung, daß es wünschenswert wäre, wenn Württemberg das Reichsbeamtenrecht abwartete hätte. Er trat für gleiche Behandlung der Beamten und für die württembergische Landesbeamten ein, außerdem wünschte er, daß die Beamten eidlich auf die republikanische Verfassung verpflichtet werden. Letzteres bezeichnete auch der Abg. Dr. v. Diebel (Dem.) als wünschenswert. Im übrigen bezeichnete er den Entwurf in sachverständiger Hinsicht als eine ganz ausgezeichnete Arbeit. Staatspräsident Dr. Solz betonte, daß der Entwurf nur die Bedeutung einer formalen Sammlung der beamtenrechtlichen Bestimmungen habe und daß abgesehen vom Dienststrafrecht sämtliche Bestimmungen nicht vornehmend worden seien. Wenn das Reichsbeamtenrecht komme, wisse heute noch kein Mensch. Die Beamten seien gleich behandelt wie die männlichen Beamten. Die eidliche Ver-

pflichtung der Beamten auf die Verfassung sei schon in der Reichs- und Landesverfassung festgesetzt. Abg. Seeger (Komm.) wünschte die Einsetzung von Beamtenkreisen, auskömmlichen Gehalt für die unteren Beamten, Streichung aller oberen Gruppen, sowie Koalitions- und Streikrecht für die Beamten. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, daß die Einführung der 48 Stundenwoche statt der jetzigen 51 Stundenwoche dem Land Württemberg eine Mehrausgabe von 1 Million und den Gemeinden einen Mehraufwand von 450 000 Mark verursachen würde. Abg. Kling (Chr. Volksp.) bezeichnete die Vorlage als eine sehr notwendige oder auch gute Arbeit. Abg. Pollack (Z.) legte dar, das neue Gesetz sei notwendig geworden, weil sich im alten niemand mehr ausgekannt habe. Abg. Hartmann (D.) begrüßte besonders, daß in dem Entwurf die Lehrer endlich als Vollbeamte gewertet werden. Nachdem dann der Abg. Winkler (S.) nochmals für die 48 Stundenwoche eintrat, trat man in die Beratung der einzelnen Artikel ein. Zu Art. 2 wurde mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ein Antrag von (Z.) angenommen, der dahin geht, daß nach Ablauf der ersten zwei Dienstjahre der unfähigen Beamten eine Kündigungsfrist von 1 Monat einzubehalten ist, wenn der Beamte außer Verwendung gesetzt werden soll. Der Ausschuß hatte andere Kündigungsfristen beschlossen, die der Staatspräsident für unannehmbar erklärte. Bei Art. 8 (unfähige Lehrerinnen) wurde eine Bestimmung des Entwurfs angenommen, wonach diesen Lehrerinnen nach Ablauf von 13 Jahren die Versorgungsberechtigung verfallen kann. Anträge der Kommunisten und des Christl. Volksvereins, die Zahl 18 durch 10 bzw. 12 zu ersetzen, wurden abgelehnt. Nach Art. 9 sind die Strafmaßregeln für die Staatsbeamten. Zu diesem Artikel wurde ein Antrag Winkler (S.) gegen die Stimmen von Soz., Komm. und Dem. abgelehnt, wonach diese Geistlichen als Kirchendiener behandelt werden sollten. Zu Art. 13 wurde ein Ausschußantrag angenommen, wonach die ländlichen Beamten in die Rechte der lebenslänglichen eingewiesen werden, wenn sie eine Wartezeit von 5 Jahren zurückgelegt, sich auf gefährt und den Dienst zufriedenstellend versehen haben. Eine längere Ausforschung knüpfte sich an die Vorschriften für die verbeirateten Beamtinnen. Der Ausschuß hatte hier folgende Bestimmung beschlossen: 1.) Verbeiratete ländliche Beamtinnen können nicht in die Rechte der lebenslänglichen Beamten eingewiesen werden; 2.) Verbeiratete ländliche Beamtinnen, so wird ihr Dienstverhältnis kündbar; 3.) Wenn eine Beamtin infolge Verbeiratung Entlassung verlangt oder wenn ihr wegen ihrer Verbeiratung gekündigt wird, so ist ihr auf Ansuchen eine Abfindung zu gewähren. Die Abg. Frau Riß (Z.) verteidigte diese Beschlüsse. Dieser Auffassung stimmte der Abg. Kling (Christl. Volksp.) zu, während die Abg. Seeger (Komm.), Riss (S.) und Diebel (Dem.) gegen die Ausschußanträge als reichsverfassungswidrig sprachen. Die Bestimmungen wurden auf Donnerstag verschoben.

Beantwortung kleiner Anfragen im Landtag

Stuttgart, 27. Nov. Aus den in der heutigen Sitzung des Landtags erteilten Antworten auf kleine Anfragen ist folgendes hervorzuheben: Die zweijährigen Lehraufträge der Lehranstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg haben sich bewährt und sollen beibehalten werden. Erwünscht waren daneben noch längere Lehraufträge für Weinbau. Die Reichsbahnverwaltung ist beabsichtigt, bei dem Bau des zweiten Teiles der Nord-Südlinie die Linienführung hinsichtlich zu verbessern. Dabei wird auch auf die künftige Einrichtung des elektrischen Betriebs Rücksicht genommen. Die gerichtliche Untersuchung des Eisenbahnunfalls bei Hammendorf ist noch im Gange; sie wird die Ursachen des Unfalls (zu raschenfahrens) endgültig klären. Dem Bahnhof Altdorf hatten gewisse Mängel an, die aber bei ordnungsmäßiger Handhabung des Dienstes durch die Beamten und bei Befolgung ihrer Weisungen durch das Publikum eine Gefahr für die Betriebssicherheit nicht bedeuten. Die Arbeiten zur Erweiterung des Bahnhofs Altdorf will die Reichsbahnverwaltung wieder aufnehmen, sobald ihr die erforderlichen Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Von der Erstellung eines provisorischen Schuttdaches wird abgesehen. Das Staatsministerium hat die Berliner Gesundheitsbehörde beauftragt, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen die Forderung der würtl. Landwirtschaft gewahrt werden. Die Postkassen der Weinbauanstalt Weinsberg sind demnächst besetzt werden. Das Wirtschaftsministerium ist bei der Reichsbahn vorliegend eingetreten, daß die besondere Fahrplanaenderung für Bodenbesitzer bei der Einführung von ermittelten Klärfaktoren auf dem Bodensee beibehalten werden. Bei der Arbeitentlassungen der Fa. Siala und Co., Schußfabrik in Kornwestheim, sind die Bestimmungen des Betriebsgesetzes und der Stilllegungsverordnung beobachtet worden. Das Wirtschaftsministerium ist mit dem Reichsernährungsministerium wegen der Maßnahmen, die für die Verbesserung der Viehwirtschaft in Betracht kommen, in Verhandlungen eingetreten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 29. November 1928.

Die Familie und das Eigenheim. Die Gemeinschaft der Freunde von Wüstenrot veranstaltete am gestrigen Abend in der „Traube“ hier einen Vortragabend, der gut besucht war. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden der hier zusammengeschlossenen Bauparter, Schuttmachermeister Dürschwabel, hielt Fräulein Mathilde Pfanz, ehem. Mitglied des Landtags, einen Vortrag über „Die Familie und das Eigenheim“ und trat in warmherzigen Worten für das Eigenheim, aber auch für die Gemeinschaft der Freunde von Wüstenrot ein, welche die Schaffung von Eigenheimen auf ihre Fahne geschrieben und überall in deutschen Landen und darüber hinaus aufgepflanzt hat. Die Vortragende gehört dieser Bewegung, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine sehr legensreiche Tätigkeit entfaltet hat, von ihren Anfängen an und ist mit ihr auf das engste verwachsen. Sie schilderte die Wohnungsnot, wie sie sich infolge des Krieges entwickelt hat, betonte, wie es zwar schon vor dem Kriege eine Wohnungsnot gab und besonders in Großstädten viele Menschen menschenunwürdig und ungesund wohnten, daß aber die Zustände nach dem Kriege ganz unhaltbar wurden und eine Hilfe dringend erforderlich haben. Schuld an der Wohnungsnot sei auch die Boden Spekulation, aber auch der Umstand habe zur Wohnungsnot beigetragen, daß sich das Volk bei uns zu sehr an die Wohnungsverhältnisse gewöhnt und zu wenig an die Schaffung eines Eigenheims gedacht habe. Die Zwangsbewirtschaft-

lung der Wohnungen habe zunächst ihr Gutes gehabt und manche Familie davon bewahrt, keine Unterkunft mehr zu haben. Nun sei es aber höchste Zeit, die Zwangsbewirtschaft vollends abzuschaffen. Das schönste Wohnen sei im Eigenheim. Von Staat, Gemeinden und Genossenschaften sei zwar manche neue Wohnung erstellt worden, das genüge aber nicht. Deshalb habe sich 1924 die Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot der Sache angenommen. Das Ideal sei, ein Eigenheim zu haben mit Garten, um durch letzteren auch das richtige Verhältnis zur Natur zu haben. Wenn es in den Städten gelänge, die Leute ohne Eigenheim in Vororten anzusiedeln und ihnen einen Garten zu geben, damit würde die Liebe zur Natur gewahrt und die Leute auch wieder mehr der Landwirtschaft zugeführt. Die Baupartasse der Freunde von Wüstenrot sei die erste gewesen. Ihr liegen zwei Gedanken zu Grunde: der Gedanke der gegenseitigen Hilfe und der Gedanke der Selbsthilfe. Die Rednerin schilderte die Zeit, in der die Gemeinschaft großen Anfeindungen ausgesetzt war und wo die Regierung veranlaßt wurde, einzugreifen. Die Baupartasse der Gemeinschaft der Freunde sei weiter ausgebaut worden und habe sich bewährt. Die Zuteilung der Baupartasse und in der Verwaltung sei manches geändert worden. Heute bestehe ein enges Verhältnis zwischen der Regierung und der Wohnungskreditanstalt zu der Gemeinschaft. Das Unternehmen sei als ein rein gemeinnütziges gegründet und auch fortgeführt worden. Die Rednerin schilderte dann, wie man es anfangen müsse, Bauparter zu werden. Gewiß müsse man sich dadurch manches versagen und sparen, es sei aber etwas Ideales zu sparen und zu arbeiten für ein Eigenheim. Diese Geldanlage sei zweifellos die sicherste. Die Gemeinschaft zürge nicht nur für die Finanzierung des Baues, sondern zürge auch durch Prüfung der Baupläne etc., daß das Eigenheim seinen Wert habe. Die Vortragende erwähnte, daß sie sich von Anfang an für die Bewegung eingeht habe aus idealen Gründen und man müsse darnach streben, daß möglichst jede Familie und besonders jede junge Familie ihr Eigenheim bekomme. Die Rednerin betonte auch die erzieherische und volkswirtschaftliche Bedeutung der Bewegung und wie durch sie tüchtige, verantwortungsvolle und zufriedene Staatsbürger geschaffen würden, was für Staat und Gemeinden von großer Wichtigkeit sei. Je mehr Leute ihr Eigenheim haben, je besser sei das Vaterland gestellt. Die Eigenheimbewegung liege also auch im vaterländischen Interesse. Mit dem Wunsche, daß es der Baupartasse der Gemeinschaft der Freunde gelingen möge, weiter gegenständig zu wirken, schloß sie ihre mit Beifall aufgenommenen überzeugenden Ausführungen. Herr Gebhardt von der Gemeinschaft der Freunde unterrichtete dann die Zuhörer über die finanzielle Seite der Sache. Er hob hervor, daß die Gemeinschaft auf eine 3/4-jährliche Entwicklung zurückblicken könne. Er führte die Zuhörer in die Zeiten der Gründung zurück, wo nach der Inflation die Zinsen ungeheuer groß gewesen, das Bauen fast unmöglich und das Vertrauen der Später erschüttert gewesen sei. Das Bauen sei heute noch 50 bis 60 Prozent teurer als in Friedenszeiten, aber nicht nur bei uns, sondern im ganzen europäischen Kontinent. Wenn man dann auch noch teures Geld in Anspruch nehmen müsse, dann sei es schwierig, zu bauen. Deshalb sei der Weg, den die Gemeinschaft vorgeschlagen habe, von großer Bedeutung. Welche Entwicklung die Baupartasse der Freunde von Wüstenrot genommen habe, gehe daraus hervor, daß diese im Jahre 1925 143 Bauparverträge mit 2 387 300 Mark, im Jahre 1926 506 mit 10 356 700 Mark, 1927 1534 Bauparverträge mit 23 872 320 Mark und im Jahre 1928 schon 2078 Bauparverträge mit 30 505 300 Mark Baugeldzuteilung zu verzeichnen habe. Bei den während des 3/4-jährigen Bestehens der Baupartasse der Gemeinschaft der Freunde stattgefundenen Baugeldzuteilungen wurde also das Baugeld bereitgestellt für insgesamt 4351 Bauparverträge mit 67 121 620 Mark. In 14 Tagen würden weitere 20 Millionen Mark Baugeld zur Verteilung kommen. Die Gesellschaft habe über 40 Millionen Mark an Hypothekendarlehen daliegen, biete also die größte Sicherheit. Der Bauparter müsse mindestens ein Sechstel der Bausumme aufgebracht haben und mindestens ein Jahr gewartet haben, bis er in die Zuteilung eingereiht werden könne. Der Redner gab noch Auskunft über die verschiedenen Tarife und Beispiele über die Auswirkung der selben. Er betonte, daß die Spargelder rein als Baugelder verwendet und die Verwaltungskosten für sich verrechnet werden und zwar sind es 7 Prozent der Bausumme. Es gebe jetzt keine Verlosung mehr, sondern eine Zuteilung entsprechend der Leistung des Einzelnen. In der Hoffnung, daß der Eigenheimgedanke mehr und mehr Fuß fassen zum Segen der Familie, schloß er seine klaren Ausführungen. Der Vorsitzende dankte Fräulein Pfanz und Herr Gebhardt für ihre Ausführungen. Eine Diskussion trat trotz wiederholter Aufforderung nicht ein. Man hatte das Gefühl, daß sich die zahlreich anwesenden Bauparter wohl geborgen fühlen und mit der Gemeinschaft der Freunde recht zufrieden sind.

Ebershardt, 28. Nov. (Weerdigung.) Unter überaus großer Beteiligung fand heute die Beerdigung des verstorbenen Schultheißen Rothfuß statt. Trotz des unfreundlichen Wetters und heftigen Schneefalls kamen auch von auswärts Viele hierher, um dem beliebtesten Schultheißen die letzte Ehre zu erweisen. Warrer Stähler hielt eine ergreifende Ansprache, in welcher er ein liebevolles Bild von dem Dahingeshedenen gab. In zahlreichen Reden wurde unter Niederlegung von Kränzen des Verstorbenen und seiner treuen Pflichterfüllung gedacht. Kränze wurden niedergelegt von Gemeindepfleger Hagemeyer namens des Gemeinderats, von Kirchenspieldirektor Red für den Kirchengemeinderat, von Hauptlehrer Hagenlocher für die Schule, von Reg.-Rat Dr. Kaunert in Vertretung des Oberamtsvorstands für Oberamt und Amtsdirektor für den Ortsoberstehervereinigung. Aus allen Ansprachen ging die Verehrung und Wertschätzung des Entschlafenen hervor. Er ruhe im Frieden!

Rohrdorf, 28. Nov. (Abschied.) Nach 5/6-jähriger Wirksamkeit scheidet Lehrer Bohlinger von hier, um eine Hauptlehrerstelle in Oberreidenbach zu übernehmen. Dem geschätzten Lehrer wurde am Samstag ein freundlicher Abschied bereitet, der Zeugnis von seiner Beliebtheit gab.



Calw, 28. Nov. Der Evang. Volksbund hat in der Zeit der großen Inflationsnot eine sogenannte Milchhilfe organisiert, die vor allem den Inflationsgeschädigten zu gut kommen sollte. Sie wird als reine Geldunterstützung bis heute weitergeführt und kommt insbesondere den Alten und Bedürftigen der Gemeinde zu. Diese Art Unterstützung, die in aller Stille geübt wird, kommt fast ausschließlich solchen zu gut, die nicht in öffentlicher Unterstützung stehen und sich scheuen würden, solche anzunehmen. Da die ehemaligen Stiftungskapitalien der Kirchengemeinde größtenteils entwertet sind, so ist im Haushaltsplan der Kirchengemeinde als Ersatz der ehemaligen Stiftungszinsen ein größerer Betrag vorgesehen, der je nach Bedürfnis an sog. verheimlichte Arme verteilt wird. — Die evangelische Kirchengemeinde hat eine Bäckerei eingerichtet, die für alt und jung passenden Vorrat bietet und sehr rasch benützt wird.

Freudenstadt, 28. Nov. (Kirchenbezirksrat. — Keine öffentlichen Samstagshochzeiten mehr.) In aller Stille wurde am gestrigen Dienstag in Freudenstadt der jährliche Kirchenbezirksrat gehalten. Gegen 70 Vertreter der evangelischen Kirchengemeinden des Bezirkes waren zugegen, die in 5/6stündiger Beratung die reiche Tagesordnung erledigten. Die biblische Ansprache hielt Stadtpfarrer Bollert über Ex. Joh. 6, 37: „Alles, was mit dem Vater gibt, das kommt zu mir; und wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen.“ In der Begrüßung der Abgeordneten wies der stellvertretende Vorsitzende, Stadtpfarrer Herrlinger, darauf hin, daß zum erstenmale die Tagung im neuen Gemeindehaus stattfand. Es sei auch als Heim für den Kirchenbezirk erbaut worden, als Sammelplatz aller seiner kirchlichen Vereine und Bünde und es möchten die Vertreter der Land- und Stadtgemeinden den Eindruck in ihre Heimat hinausbringen: Hier, im Gemeindehaus der Freudenstadt, ist gut sein! Eine briefliche warmherzige Ansprache von Herrn Dekan Haller an die Versammlung bewies, wie sorglich der durch Krankheit ferngehaltene Vetter der Diözesen doch an allem Ergeben des Kirchenbezirks teilnimmt. Die äußere und innere Lage in unserer Landes- und Volkskirche führte der Vorsitzende in die beiden biblischen Worte zusammen: „Untröstlich ist's noch allerwärts, doch sah ich manches Kuge flammen und klopfen hört ich manches Herz“ und „Ein Wort, das sich vererbt, sprach jener Ehrenmann: „Wenn man dich gern verachtet, daß man es doch nicht kann!“ In Verfolg der Tagesordnung wurde von Stadtpfarrer Herrlinger der Jahresbericht über das kirchliche Leben im Bezirk, den Herr Dekan Haller noch verlesen hatte, vorgelesen. Die Gemeinden werden in der Synodalansprache, die in Salde von den Kanzeln verlesen wird, darüber Mitteilung bekommen. Den Bericht über die Rechnung der Bezirkskasse 1925—27 sowie den Haushaltsplan für 1928—30 erstattete Pfarrer Bekler. Dabei wurde bekannt gegeben, daß die Stadt Freudenstadt nahezu die Hälfte aller Landeskirchensteuer des Bezirkes aufzubringen hat, ein Beweis, wie sehr die Landgemeinden gegenüber der Stadt steuerlich entlastet sind. Der Abgeordnete des Bezirkes zum Landeskirchenrat, Herr Braun-Schopfloch, begründete diese Lastenverteilung mit der anerkannten besonderen Kollage der Landwirtschaft und wies auf die in Vorbereitung befindliche Einzelsteuer hin, die in etwa zwei Jahren den Ausgleich bringen werde. Zum Nechner der Bezirkskasse wurde Herr Dekan Haller, zum Schriftführer des Kirchentags Herr Pfarrer Bekler und Herr Pfarrer Senke wiedergewählt. Anlaß zu lebhafter Verhandlung gab ein Antrag aus der Mitte der Versammlung: „Der Kirchenbezirksrat wolle beschließen, daß womöglich in ganzen Kirchenbezirk keine öffentlichen Samstagshochzeiten zugelassen werden.“ Anschaulich und mit innerer Bewegung schilderte der Antragsteller die Auswüchse der öffentlichen Samstagshochzeiten, die hier in den Sonntag hinübergreifen, ihm für viele den Segen nehmen und den Gemeinden Vergeßnis geben. Das wurde allerseits anerkannt und bestätigt und dazu bemerkt, staatliche Hilfe durch Verlegung der Ausdehnung der Festzeit soll nicht angerufen werden, wir müssen und können uns selber helfen. Die öffentlichen Samstagshochzeiten sind eigentlich erst als Kriegsfolge mit mancher anderer Auflösung alter guter Sitten aufgetreten. Nun ist es an der höchste Zeit, letztere wieder herzustellen. Sehr ernst genommen und eingehend behandelt wurde der Hauptgegenstand, ob nicht soziale Rücksichten die weitere Duldung der öffentlichen Samstagshochzeiten erfordern. Dagegen wurde betont, daß ja alle Hochzeiten im Haus auch am Samstag nach wie vor gehalten werden sollen, das heißt, die kirchliche Trauung dann keinem Bedenken unterliegt. Wer durchaus eine öffentliche Hochzeit will, soll einen anderen Wochentag als den Samstag wählen, wobei eine Sonntagsgemeinschaft vermieden wird und überhaupt eine heilsame Beschränkung in der Ausdehnung sich von selbst ergibt. Am Ende der Besprechung wurde mit Einstimmigkeit der erwähnte Antrag zum Beschluß erhoben. Noch besonders wurde den Geistlichen der Freudenstadt zur Pflicht gemacht, auch hier den Beschluß des Kirchentags durchzuführen und auch keine Trauung auswärtiger Paare mehr anzunehmen, die diesen Beschluß umgehen wollen. Die langwierigen Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung brachten es mit sich, daß erst in der Mittagsstunde Herr Pfarrer Hermann-Göttingen noch das Wort zu seinem Vortrag bekam: „Welche Anforderungen stellt die heutige Lage der Mission an unsere Heimatgemeinden?“ Auch die Summe seiner ebenso klaren wie tiefgründigen Ausführungen wird leinerzeit der Synodalbescheid den evangelischen Kirchengemeinden bekannt geben. Im Gefühl, reiche Anregungen empfangen und auch wirklich im Dienste des Kirchenbezirks gearbeitet zu haben, konnten die Teilnehmer am Kirchentag ihre diesjährige Versammlung beschließen.

Freudenstadt, 28. Nov. (Aufwertung der Spar-Einlagen.) Die Oberamtsparkasse Freudenstadt fordert die Inhaber der Einlagenscheine Lit. C. Nr. 15 000 und darüber auf, diese Einlagenscheine in der Zeit vom 3. Dezember bis 8. Dezember bei der Sparkasse vorzulegen. Bei den aufgerufenen Einlagenscheinern werden Aufwertungsbeträge bis zu 50 R.M. zurückbezahlt. Größere Aufwertungsbeträge werden in den Einlagenscheinern vermerkt und vom 1. Januar 1928 an verzinst.

Dürrenmühlacker, 27. Nov. Die Maul- und Klauenseuche, die zuerst im Stall des Eduard Knödel in Pomersheim ausbrach, greift um sich und ist hier in den Gehöften des Chr. Haug, Schweinehandlung, und des Fuhrmanns Schlag festgestellt, ebenso in Schönenberg bei Landwirt Brülle und in Jäfersweilher bei Bäcker Albrecht.

Stuttgart, 28. Nov. (Todesfall.) Der leitende Polizeiarzt, Medizinalrat Dr. Gustav Hartmann, ist im Alter von 51 Jahren infolge eines Schlaganfalles gestorben. Er hat den Krieg im Reserve-Infanterieregiment 119 mitgemacht.

Eingemeindung von Rotenberg. Nach der Eingemeindung von Hofen kommt jetzt Rotenberg daran. Die Verhandlungen zwischen dem Stadtschultheißenamt Stuttgart und der Gemeinde Rotenberg sind bereits aufgenommen. Unterm 10. November hat Stuttgart den Entwurf einer Vereinbarung vorgelegt und Rotenberg hat dann dazu wieder einige Wünsche vorgebracht. Vor allem wünscht die Gemeinde Rotenberg von Stuttgart einen Beitrag zu einer direkten Straße von Cannstatt nach Rotenberg. Die übrigen Wünsche von Rotenberg sind untergeordneter Art. Eine Einigung zwischen Stuttgart und Rotenberg dürfte in aller Kürze gelingen, so daß voraussichtlich die Eingemeindung bis April nächsten Jahres erfolgen kann.

Willingen Osk. Ludwigsburg, 27. Nov. (Tödlicher Unfall.) Gestern nachmittag ist der 22 Jahre alte ledige Arbeiter Emil Brodt, als er die Scheuerleiter besteigen wollte, ausgerutscht und rückwärts auf die Tenne gefallen. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, wonach der herbeigeholte Arzt nur noch den Tod feststellen konnte.

Steinach Osk. Waiblingen, 27. Nov. (Brand.) Nachts brach in der Scheuer des Karl Oberer auf bisher unauffgeklärte Weise Feuer aus. Die Scheuer brannte in kurzer Zeit völlig nieder.

Schwaigern, 28. Nov. (Klärung über die Brandfälle.) Die 23 Jahre alte Bauarbeiterchefrau Pauline Bed hat gestanden, den Brand am 21. Juni in der Walfergasse vorzüglich gelegt zu haben. Als Motiv gab sie an, da sie lungenkrank sei, habe ihr die ungeliebte Wohnung nicht mehr genügt. Sie habe in einen Eimer Vackpapier gelegt und darauf glühende Kisse getan. Diesen Eimer habe sie dann, in der Hoffnung, daß er durchbrenne und auch der Boden Feuer fange, auf die Bühne gestellt und sei dann aufs Feld gegangen. Mit festgenommen wurde ist 27 Jahre alter Ehemann, der Bauarbeiter Philipp Bed. Bei beiden kommt auch noch Versicherungsbeitrag in Frage, da sie mehr Sachen angaben, als verbrannt waren. Der Schmied Emil Rieß, der vorzüglich am 29. Oktober das Armenhaus angezündet und ebenso vorzüglich den großen Brand in der Nacht vom 18. zum 19. November gelegt hat, gab als Grund Freude am Feuer an, er habe keinen Grund zur Rache gehabt, er habe auch nicht gewollt, daß der Brand solche Dimensionen annehme. Er sei jedesmal etwas angegrunken gewesen. Die Unternehmung geht weiter.

Uplingen, 28. Nov. (Neuer Oberamtspfleger.) In der Amtsversammlung wurde Schultheiß Kirchner-Deißau einstimmig zum Oberamtspfleger gewählt. — Ferner wurde der Abschluß des Kaufvertrages zwischen der württembergisch-badischen Genossenschaft des Johanniterordens und der Ants'Arperiaf; über die Erwerbung des Johanniterkrankenhauses in Wödingen genehmigt.

Bradenheim, 28. Nov. (Guter Weinherbst.) Das Jahr 1928 brachte den Weinbauern des Jabergräus einen guten Weinherbst, sind doch auf hiesiger Markung 3063 Hektoliter erzeugt worden. Verkauft wurden insgesamt 2400 Hektoliter.

Schjelberg Osk. Badnang, 27. Nov. (Welm Baumfällten getötet.) Karl Klink von Glaitenhof war mit seinen Söhnen im Walde beim Holzfällen beschäftigt. Als Vater und Söhne mit einem Seil eine Eiche zu Fall brachten, blieb der erstere, als er wegspringen wollte, am Seil hängen, wurde von dem stürzenden Baum getroffen und an der Schlagader verletzt, so daß eine innere Verblutung den Tod herbeiführte.

Weislingen a. St., 28. Nov. (Abgestürzt.) Der Flugführer Walter Sieburg, gebürtig von Halle, wohnhaft in Goslar, ist in Schfelshelm bei Mönchen zu einem Flug nach Böblingen aufgestiegen. Wegen schlechten Wetters entschloß sich der Führer, nachdem er etwa eine halbe Stunde durch Nebel und Schneesturm fuhr, bei Weislingen notzulanden. Da er keinen Notlandungsplatz finden konnte, entschloß er sich, wieder hochzugehen und den Nebel zu durchstoßen. Hierbei tauchte die Maschine an den Oedenturmberg, wobei sie zu Bruch ging. Der Führer wurde aus dem Sitz geschleudert, trug aber kaum nennenswerte Verletzungen davon.

Tailfingen Osk. Balingen, 28. Nov. (Diamantene Hochzeit.) Die Eheleute Johs. Conzelmann und Frau Sophie geb. Metz durften, beide 85 Jahre alt, ihre diamantene Hochzeit begehen. Aus diesem Anlaß wurde dem Jubelpaar eine Ehrengabe der württembergischen Staatsregierung und eine Jubiläumsbibel des Kirchenpräsidenten überbracht.

Trossingen, 28. Nov. (Ehrenbürger.) Der Gemeinderat versammelte sich, um von dem scheidenden Stadtvoortand, Stadtschultheiß Haller, Abschied zu nehmen, der als Oberregierungsrat zum Arbeitsamt Ludwigsburg kommt. Gemeinderat Trichlinger brachte dem scheidenden Stadtvoortand herzlichen und innigen Dank für all das von ihm geleistete zum Ausdruck und führte aus, daß ihm der Gemeinderat für sein erfolgreiches und tatkräftiges Wirken im Dienste der Stadtgemeinde als äußeres Zeichen der Anerkennung das Ehrenbürgerrecht der Stadtgemeinde Trossingen verliehen habe.

Vom Büchertisch

Fast in jedem Hause ist in unserer Zeit der Rundfunk vertreten. In Radiobüchern fehlt es auch nicht. Wenn nun noch das „Taschenbuch der Rundfunktechnik für jedermann“ dazu kommt, so muß es Vorzüge besitzen, das die Herausgabe rechtfertigt. Der Verfasser ist Dr. Hans Ludwig. Das Buch bringt tiefer in das Gebiet des Radios als die meisten anderen Bücher ein, weil darin nicht nur das Besten von Apparaten als Hauptzweck behandelt ist, sondern vor allem Nachdruck auf eine umfassende Kenntnis der funkttechnischen Wirklichkeit gelegt wird, in leicht fasslicher Darstellung des Wissens und einer guten Anleitung zur Selbsthilfe. Das Buch ist vor allem ein gutes Lehrbuch, nicht nur ein Radiobuch. Dem Nichttechniker wird der Stoff in größter Bequemlichkeit und Sicherheit nahegebracht. Wer sich also nicht mit einer oberflächlichen Kenntnis des Radiowesens begnügen will, dem sei dieses „Taschenbuch der Rundfunktechnik“ angelegentlich empfohlen. Es kostet bei einem Umfang von 162 Seiten mit 191 Abbildungen nur RM. 4.20 und ist im Verlag von J. F. Schreiber, Ultingen a. N. und München erschienen. Zu beziehen ist es durch die W. Ricker'sche Buchhandlung in Altensteig.

Handel und Verkehr.

Mannheimer Pferdemarkt vom 28. Nov. Dem Mannheimer Pferdemarkt waren zugeführt 169 Arbeits- und 106 Schlacht Pferde. Bezahlt wurden pro Stück in R.M. für Arbeitspferde 900—1000 Mark, für Schlachtpferde 20—100 Mark. Der Marktverlauf war mit Arbeitspferden rubia, mit Schlachtpferden ebenfalls rubia.

Ulmer Schlachtochmarkt vom 27. Nov. Zutrieb: 5 Ochsen, 4 Karren, 20 Kühe, 12 Rinder, 130 Kälber, 187 Schweine. Preise: Ochsen a 46—50, Karren a 40—42, b 34—38, Kühe b 28—32, c 16—26, Rinder a 48—50, b 44—46, Kälber a 64—66, Schweine a 72—74, b 66—70 R. Marktverlauf: Kälber und Schweine mäßig befeh, Großvieh lamalam.

Hellbronner Schlachtochmarkt vom 28. Nov. Zutrieb: 2 Ochsen, 5 Bullen, 92 Jungrinder, 15 Kühe, 129 Kälber, 513 Schweine. Preise: Ochsen a 48, Bullen a 42—44, b 37—40, Jungrinder a 46—48, b 40—43, c 36—38, Kühe a 27—31, b 21 bis 24, c 16—18, Kälber a 56—60, b 50—54, Schweine a 76 bis 78, b 70—73, c 65—68 R. Marktverlauf: Mäßig.

Letzte Nachrichten

Zentrumsanträge für das besetzte Gebiet

Berlin, 29. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat im Ausschuh für die besetzten Gebiete eine Entschlieung eingebracht, in der die Reichsregierung ersucht wird, von der Beratung und Beschlußfassung über die Wahlwahl eines Reichsehrenmals solange abzusehen, bis die besetzten Gebiete restlos geräumt sind. In einem weiteren Antrag wird die Reichsregierung ersucht, bei den Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes keine weiteren Belastungen des Reiches auf politischem oder finanziellem Gebiet anzunehmen, insbesondere die französische Forderung auf Einrichtung einer Feststellungs- und Ausgleichskommission abzulehnen.

Nationalsozialistische Militärübungen. — Amtsenthebung eines Landrats

Berlin, 29. Nov. Vor einigen Wochen war der Kasseler Regierung bekannt geworden, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Kreise Kirchhain unweit der Universitätsstadt Marburg über eine besondere Organisation verfügt, die ausgesprochen militärische Zwecke verfolgt und ihre Mitglieder militärisch ausbildet. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Unterjuchung der Angelegenheit völlige Klarheit ergeben, daß diese verbotene Organisation mindestens unter Duldung des Landrats von und zu Gilsa hatte wirken können.

Der Landesverrat im neuen Strafrecht

Berlin, 29. Nov. In den nächsten Tagen finden, laut „Berliner Tageblatt“, Besprechungen der zuständigen Ressorts über die Begriffsabgrenzung des Landesverrats statt. Den interministeriellen Beratungen wird sich eine interkantonale Besprechung der Regierungsparteien über die Deliktsmerkmale des Landesverrats anschließen.

Das Befinden des Königs von England

London, 28. Nov. Das heute 8.15 Uhr ausgegebene Bouilletin besagt, der König habe einen einigermaßen guten Tag verbracht und etwas geschlafen. Im übrigen ist der Zustand unverändert.

Gestorbene

Ragold: Bernhard Luz, Straßenwart a. D., 75 J. a. Mittellal: Agathe Sadmann geb. Hinkelbeiner, 70 J. a. Eßlingen: Barbara Nikolaus, Witwe, Tochter des verstorbenen Mehgers Nikolaus, 45 J. a.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Eisenwarenhandlung Otto Wagner, Freudenstadt bei, den wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung empfehlen.

Mein Schaufenster zeigt Ihnen
neue schöne Herrenoberhemden
 in weiß und farbig
 sie eignen sich besonders als Weihnachtsgeschenk und kosten
 Mk. 6.20 bis Mk. 15.30
Paul Ränchle, am Markt, Calw.

Zurückföhre — geruchlos
 leise unaufdringliche
Glashaut
 zum Einpacken seiner
 Bodwaren oder Ueberbeden
 derselben in Schaufenstern etc.
 Zu haben in der
 W. Ricker'schen Buch- und
 Papierhandlung, Altensteig.

Altensteig-Stadt

Am 1. Dezember ds. Js. findet eine

Biehzählung

katt. Gezählt werden Pferde, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fiegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner, ausgenommen Trut- und Perlhühner) und Bienenstöcke.

Jedermann, der Tiere dieser Art besitzt, wird aufgefordert, seine Tiere bei Strafvermeidung dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, genau anzugeben, und wenn bis zum Ablauf des Zählungstags ein Zähler nicht gekommen ist, die Tiere spätestens bis zum 5. Dezember 1928 dem Stadtschultheißenamt anzuzeigen.

Den 28. November 1928.

Stadtschultheißenamt:
Pfizenmaier.

Für Weihnachten habe ich große Posten

Schürzen

gekauft. Ein kleiner Teil ist zur Zeit ausgestellt

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Empfehle neben meiner bekannt
reichen Auswahl in

Gold- u. Silberwaren

mein gut sortiertes Lager von
neu aufgenommenem

echtem Kristall.

Besichtigen Sie bitte mein Lager
ganz unverbindlich.

Karl Kaltenbach senior
Altensteig (Marktplatz)
Telefon Nr. 17.

Eheringe

Bestecke

Zu sehr billigen Preisen

empfehle ich:

Unterhosen
Schlupfhosen
warme Unterröcke
Untertailen

Handschuhe
Unterhemden
Unterhittel
Ohrenschützer

Wickelgamaschen usw.

Jakob Hanselmann, Simmersfeld

Für Weihnachten empfehle ich

Bettvorlagen

In wunderbarer Auswahl

Sie kosten das Stück

1,20, 1,80, 2,00, 2,40, 2,80, 3,30,
4,90, 5,40, 6,30, 7,20, 7,50, 9,10,
9,20, 10,00, 10,20, 10,90, 11,40,
12,20, 15,60, 17,30, 19,90, 21,60,
22,90, 24,70

Ein kleiner Teil ist zur Zeit ausgestellt. Eine Befestigung des Schaufensetzers wird Ihnen Freude machen

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Eitmannsweiler, den 28. Nov. 1928.

TODES-ANZEIGE



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innigst geliebte, treubesorgte Mutter, meine liebe Schwester, Schwägerin und Großmutter

Christina Dorothea Mutschler

Witwe, geb. Seig

heute Abend unerwartet, im Alter von 57 Jahren 7 Monaten, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die Kinder: Christian, Gottlieb, Adam und Maria Mutschler
Georg Mutschler mit Frau und Kindern.

Die Schwester: Maria Schürle

Beerdigung Freitag mittag 1 Uhr.

In meinem Schaufensterraum

Ecke Marktplatz u. Kronengasse

sind ein Teil der in den letzten Wochen eingetroffenen

Mäntel für Herren und Knaben

ausgestellt. Ich bitte um Besichtigung

Paul Räuchle, am Markt, Calw.



Hervorragend gut geeignet zum
Nähen, Stopfen, Sticken
in jeder Technik ist die

Niederlage bei:

Paul Schaupp, Altensteig.

Altensteig

Heute frisch eingetroffen:



Fischfilet, bratfertig

1 Pfd. 75 ₤

Schellfisch, mittel

1 Pfd. 35-40 ₤

Kieler Bücklinge

Lachsgeringe

Kieler Sprotten

bei

Hr. Burghard Jr.

Für Regentage empfehle ich

Summimäntel für Herren	Mk. 16,00, 18,00, 20,00, 22,00, 25,00, 28,00, 30,00, 33,00, 35,00, 37,00, 40,00
Lodenmäntel für Herren	20,00, 23,00, 28,00, 31,00, 35,00, 38,00, 42,00, 45,00
Windjachen für Herren	Mk. 10,00, 12,00, 12,50, 14,50, 15,00, 17,00, 19,50, 20,50, 21,50, 23,50, 24,50, 28,50, 29,50, 30,00
Knabenwindjachen	von Mk. 7,00 ab
Damenwindjachen	14,00, 16,00, 17,00, 17,50, 22,00, 28,00
Pelerinen	in allen Längen in verschiedenen Preislagen

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

Elegantes Briefpapier

kauft man in der W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

LUGER

Heute eintreffend direkt
ab Nordsee!

Frische

Schellfische Pfd. 33 ₤

Kablau Pfd. 35 ₤

Fisch-Filet Pfd. 55 ₤

(bratfertig)

Feinste frische

600-Bückerlinge Pfd. 45 ₤

Sprotten

Lachsgeringe

Einen ganz neuen

Grammophon

(Tischapparat)

hat unständelhalber billig
abgegeben.

Wer? samt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Altensteig

Rochgeschirre

in Aluminium wie:

Ringkäse

Fleischtöpfe

Rudelpfannen

Dunletpfannen

Kasserole mit Stiel

Stahlhochgeschirre

Gußgeschirre

empfehle billigst

LorenzENZ jr.

Sohn Eugen Beck.

Filtrier-Papier

Rochbücher

und

Rochrezept-

Bücher

empfehle die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig

Altensteig

Junge, fette

Ruh

hat zu verkaufen

Kübler, Gerber.

Matten u. Mäuse

istet unfehlbar

Muricid

Schwarzwald-Drogerie.

Zwei

Langholz-

Schlitten

bereits neu, sowie einen

Schlitten

hat zu verkaufen

Adam Großhans

Peter Sohn, Oberweiler.

Handwritten red arrow and text: 57.10.28

